



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/232 - 14. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Verzwicktes Renten-Einkommens</u> Rentner werden unterschiedlich behandelt Von Konrad Schayer	61
3 - 4	<u>Gutes Klima für Schulverhandlungen</u> Loyale Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	69
5	<u>Nochmals: Warnung vor Fehleinschätzungen</u> Ein ganz fauler Trick	31
6 - 7	<u>Trendenverkehrsstadt Hamburg</u> Im ersten Halbjahr 1961 gab es in Hamburg 580 575 Besucher	48
7	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> Die unentbehrlichen Fehler	32

* * * * *
* * * * *

Verzwicktes Renten-Einmaleins

Von Konrad Schayer

Fünf Tage vor der Bundestagswahl hat das bisherige Bundeskabinett eine Erhöhung der Renten um 5,0 Prozent empfohlen. Diese Empfehlung gilt allerdings nicht für alle Renten, sondern nur für Renten aus Versicherungsfällen vor 1960. Man beachte: Bei Rentenbeginn im Jahre 1960 soll gar keine Erhöhung erfolgen. Für neue Renten soll dafür ab 1. Januar 1962 die Bemessungsgrundlage um nicht weniger als 6,6 Prozent erhöht werden. Es gibt somit drei Gruppen von Rentnern, die jeweils unterschiedlich behandelt werden.

Warum diese ungleiche Behandlung? Der amtierende Bundesarbeitsminister, Theodor Blank, hat sich dieser Tage im Westdeutschen Rundfunk ebenso redlich wie vergeblich bemüht, den Rentnern zu erläutern, warum die einen eine Rentenerhöhung um 5 Prozent und die anderen eine Erhöhung um 6,6 Prozent erhalten sollen, während die dritte Gruppe leer ausgeht. Auch dürfte kaum jemandem eingeleuchtet haben, warum die zur "Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung" empfohlenen Erhöhungssätze erheblich unter der Zunahme des Sozialproduktes liegen. Denn nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Sozialbericht übertraf das Brutto-Sozialprodukt im Jahre 1960 das Vorjahresergebnis um 11,3 Prozent. Je Einwohner betrug die Zunahme 10,0 Prozent, also genau das Doppelte der für die sogenannten "Altrentner" vorgeschlagenen Rentenerhöhung.

Blank gab selbst zu, daß das Hinterherhinken der Altrenten keine gute Sache ist. Vielleicht sollte man in den nächsten Jahren, so meinte er, die Altrenten etappenweise den Neurenten angleichen. Damit heute zu beginnen, sei es aber noch zu früh.

Diese Zurückhaltung ist angesichts der sehr günstigen Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung schwer zu verstehen. Vom 1.1.1957 bis zum 1.1.1961 hat sich das Vermögen der Rentenversicherungsträger von 9 Milliarden DM auf über 17 Milliarden DM erhöht. Für das laufende

Jahr rechnet der Sozialbericht mit einem weiteren Einnahmeüberschuß von fast 2 Milliarden DM. Damit ist das gesetzliche Rücklagesoll bei weitem überschritten.

Zur Zeit der Verabschiedung der Rentenneuordnung hatten sich die Gegner des sozialen Fortschritts in den düstersten Prophezeiungen ergangen. Die dynamische Rente würde, so behauptete man, zu einer "kaum aufzuhaltenden inflatorischen Bewegung" führen. Auch die CDU-Regierung hatte sich seinerzeit von dieser Schwarzmalerei keineswegs freigehalten. Das bestätigt die folgende Gegenüberstellung der finanziellen Voranschläge der Regierung mit der tatsächlichen Entwicklung.

Für das Jahr 1957 hatte die Bundesregierung den zu erwartenden Überschuß der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten mit 189 Millionen DM veranschlagt. Tatsächlich betrug der Überschuß 1,75 Milliarden DM, also nahezu das Zehnfache.

In den Jahren 1958 und 1959 erklärte Blank, gestützt auf die Sozialberichte der Bundesregierung, daß ohne eine ins Gewicht fallende Unterschreitung des gesetzlichen Rücklagesolls jährliche Rentenanpassungen in der Arbeiterrentenversicherung nur bis zum Jahre 1962, in der Rentenversicherung der Angestellten sogar nur bis zum Jahre 1960 möglich seien. Heute gibt Blank zu, daß Rentenanpassungen nicht nur 1962, sondern auch 1963, 1964 und 1965 vorgenommen werden könnten und zwar sowohl in der Rentenversicherung der Arbeiter wie in der Rentenversicherung der Angestellten.

Die Beschlußfassung über das vierte Rentenanpassungsgesetz gehört zu den vorrangigsten Aufgaben, mit denen sich der neue Bundestag zu befassen haben wird. Dabei sollte der Gesetzgeber beachten, daß trotz der günstigen Finanzlage der Rentenversicherung die Renten noch viel zu niedrig sind. So betrug dem Sozialbericht zufolge das durchschnittliche Altersruhegeld nach Erreichen des 65. Lebensjahres im Juni 1961 in der Rentenversicherung der Arbeiter DM 185,80 und die durchschnittliche Witwenrente DM 123,80. - Das Rentenprogramm der SPD besitzt, wie diese Tatsachen bestätigen, auch nach der Bundestagswahl unverminderte Aktualität.

Gutes Klima für Schulverhandlungen

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl F r a n t a

Das österreichische Schulwesen steht seit alters her unter dem bestimmenden Einfluss katholisch-klerikaler und konservativer Kräfte. Seit 1945 verwaltet das Unterrichtsressort ein von der Österreichischen Volkspartei nommierter Bundesminister. Es ist dies seit nunmehr sieben Jahren der frühere Ministerialrat im Unterrichtsministerium Dr. Heinrich Drimmel. Was die Anliegen einer Schulreform und einer modernen Schulgesetzgebung anbelangt, waren diese sieben Jahre zweifellos "magere Jahre", doch scheint es derzeit, als würden sieben gute Jahre bevorstehen. Wie Unterrichtsminister Dr. Drimmel dieser Tage selbst bekanntgab, herrscht bezüglich einer Einigung in den zwischen Vertretern der ÖVP und der SPÖ geführten Schulverhandlungen grosse Zuversicht. Dr. Drimmel sprach in diesem Zusammenhang von einer "Brückenschlag-Klima". Auf Grund der bisherigen Diskussionen und Beratungen sei als Kompromissvorschlag ein Konzept erstellt worden, welches in den derzeit laufenden Schlussverhandlungen zu einem erfolversprechenden Gesetzantrag umgewandelt werden soll. Damit hätte sich auf dem geradezu schwierigsten Gebiet der österreichischen Innenpolitik die loyale Zusammenarbeit der beiden Koalitionsparteien erneut bewährt.

Dies ist umso bemerkenswerter als die österreichische Schulgesetzgebung zum Teil völlig veraltet und zum Teil recht mangelhaft ist. So gibt es beispielsweise noch gesetzliche Bestimmungen aus der Zeit Maria Theresias (1740 bis 1780). Bei den Hauptschulen, das sind die Pflichtschulen für Zehn- bis Vierzehnjährige, fehlt es überhaupt an einer gesetzlichen Regelung. Dass Österreichs Schulwesen trotz dieses offenkundigen Mangels nicht hoffnungslos rückständig ist, liegt einerseits an der Lehrerschaft, andererseits an der nach dem ersten Weltkrieg durchgeführten Schulreform des bedeutenden sozialistischen Pädagogen Otto Glöckel, Unterstaatssekretär für Unterricht in den Jahren 1919 und 1920. Seither ist allerdings viel von den damaligen Errungenschaften wieder verloren gegangen.

Bereits am 20. Juni 1948 haben die Sozialisten im Parlament einen Antrag auf Schaffung eines neuen Schul- und Erziehungsgesetzes gestellt. Die wichtigsten Grundgedanken dieses Gesetzentwurfes waren a) die

interkonfessionelle Gemeinschaftsschule, also Ablehnung aller konfessionellen Schulen, durch die schon unter die Kinder Zwietracht gesät wird, b) der Grundsatz, dass jedem begabten Kind die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten gesichert sein müssten und c) die Einführung einer mindestens neunjährigen Schulpflicht (gegenüber derzeit 8 Pflichtschuljahren). Der sozialistische Antrag blieb unerledigt liegen; bis vor etwa zwei Jahren bestand überhaupt keine Aussicht auf eine Einigung.

Die ÖVP wollte das Schulwesen klerikalisieren. Nachdem schon die Lehrerbildung in Österreich überwiegend in den Händen der katholischen Kirche liegt, sollte auch den konfessionellen Schulen die staatliche Unterstützung und das Öffentlichkeitsrecht zuteil werden. Dass die Religionslehrer an allen Schulen vom Staat besoldet werden, genügt nicht. Was die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten betrifft, war man auch hier nicht sehr begeistert, weil das Bildungsprivileg der Besitzenden immer schon als eines der Hauptanliegen der Konservativen gegolten hat. Die von den Sozialisten geforderte Verlängerung der Schulpflicht um ein bis zwei Jahre fand heftigsten Widerspruch in den Kreisen der Landwirtschaft, wo man die Kinder als Arbeitskräfte dringend benötigt.

Über diese strittigen Fragen hinaus verlangen die österreichischen Sozialisten die Einführung einer allgemeinen Mittelschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen. Die Differenzierung der Schulorganisation dürfe erst nach dem 14. Lebensjahr eintreten, weil zumeist erst dann die Begabungen und Berufswünsche deutlich erkennbar werden. Des weiteren soll die theoretische und praktische Ausbildung der Lehrer grundsätzlich erst nach erfolgter Mittelschul-Reifeprüfung (Matura) an Hochschulen oder hochschulmässigen Instituten erfolgen.

Obgleich Aussicht auf eine Einigung besteht, sollte man die Kompromissbereitschaft des ÖVP-Unterrichtministers und seiner Hintermänner nicht überschätzen. Das zeigt sich bei der Besetzung des Lehrstuhls für Völkerrecht an der Universität Wien: Erst wollte Dr. Drimmel einen Gelehrten aus Würzburg dazu berufen, jetzt denkt er an einen in Bern, um nur nicht den bekannteren österreichischen Völkerrechtler Dr. Stephan Verosta, derzeit Botschafter in Warschau, berufen zu müssen, der zwar selbst auch strenger Katholik und Mitglied der ÖVP ist, sich jedoch immer für eine aufrichtige Zusammenarbeit mit den Sozialisten ausgesprochen hat.

Nochmals: Warnung vor Fehleinschätzungen

Der SPD-Pressedienst hatte am 10. Oktober 1961 in einem Artikel "Warnung vor Fehleinschätzungen", der sich mit offen auf der Hand liegenden und Argernis erregenden Fehlleistungen in der Bonner Regierungsbürokratie beschäftigte, u.a. wörtlich geschrieben:

"Ein zweites aktuelles Beispiel dieser Bonner Fehler-Linie ist der Bericht des offiziellen Pressesprechers des Bundesverteidigungsministeriums über die jetzt anlaufenden Ostblock-Manöver. Das Faktum selbst ist zweifellos ein so ernster und bemerkenswerter Vorgang, daß eine entsprechende Behandlung und Berichterstattung völlig am Platze ist, wobei eine sachliche Darstellung allerdings doch nicht ganz außer acht lassen sollte, daß es auch im Westen zurzeit Manöver von bisher ungewohntem Ausmaße gibt. Die verstärkten West-Ost-Spannungen wirken sich eben auf allen Seiten aus.

Gerade diese Lage aber sollte Bundesbehörden wie das Bundesverteidigungsministerium endlich zu einer Unterrichtung veranlassen, die nur konkrete Tatsachen gibt, soweit das sehr eng gezogene Geheimhaltungserfordernisse gestatten, und auf die propagandistische Verbrämung verzichtet, die, den Bonner Regierungsstil entsprechend, bis in die jüngste Vergangenheit hinein und leider allzu oft auch noch in der Gegenwart so sehr überwucherte, daß die Fakten manchmal nur noch mühsam zu erkennen waren. Aber auch diese wenigen konkreten Fakten müßten dann eigentlich zumindest korrekt und seriös sein. Eine Unterrichtung, die über Wesentliche von ihr vorgetragene Fakten Zweifel und Unsicherheit hinterläßt, ist weder das eine noch das andere."

Am 15. Oktober 1961 "antwortete" der amtierende Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß im Bonner Regierungs-"Bulletin" in einem Artikel "Politik der Territorien" wörtlich wie folgt:

"Ich möchte nur am Rande bemerken, daß es schlechthin unverständlich ist oder einen Rückfall in angeblich überwundene Sünden darstellt, wenn der Sozialdemokratische Pressedienst kürzlich die Darstellung des Verteidigungsministeriums über die zur Zeit anlaufenden Manöver in der SBZ angreift und dabei die falsche Behauptung aufstellt, daß es auch im Westen zur Zeit Manöver von bisher ungewohntem Ausmaße gäbe. Zur Entschuldigung für die sowjetischen Manöver wird hinzugefügt, daß eben die verstärkten West-Ost-Spannungen, man höre - West-Ost-Spannungen - sich auf allen Seiten auswirken. Gegen diese Verniedlichung der Verhältnisse und gegen diese Verwischung der Schuldfrage muß ich nachdrücklich protestieren."

Die Unseriosität dieses dialektischen Tricks decouvriert sich an der nüchternen Gegenüberstellung der beiden Zitate in so umfassender Weise, daß ein Kommentar eigentlich überflüssig ist. Zu sagen wäre aber, daß beispielsweise die gegenwärtigen britischen Rheinersee-Manöver nach offiziellen Feststellungen die "seit 1954 größten" sind. Zu fragen wäre, wo und wie der SPD-Pressedienst die Ostblock-Manöver "verniedlicht" (aber, aber, Herr Strauß!) hätte. Und zu hoffen wäre schließlich, daß der Herr amtierende Bundesminister für Verteidigung die Beckmesserei, mit der er aus der Wortstellung "West-Ost-Spannungen" eine "Verwischung der Schuldfrage" konstruierte, heute vielleicht sogar selber recht lächerlich finden möge.

Fremdenverkehrsstadt Hamburg

rh. - Die Anziehungskraft der Freien und Hansestadt Hamburg mit ihrem Welthafen erfährt von Jahr zu Jahr eine weitere Steigerung. Auf diese Weise bildet Hamburg ein starkes Gegengewicht gegen die in der Bundesrepublik immer mehr platzgreifende Tendenz, eine Auslandsreise dem Besuch von Sehenswürdigkeiten im eigenen Lande vorzuziehen. Ohne Zweifel spielt der Hamburger Welthafen dabei eine grosse Rolle, der im deutschen Fremdenverkehr als ein besonders attraktives Aktivum zu buchen ist. Aber auch der seit dem Kriege in der Hansestadt und ihrem Hafen geleistete Wiederaufbau interessiert die deutsche Öffentlichkeit in stärkstem Masse, die überdies sicher sein kann, dass ihr die Weltstadt Hamburg jederzeit etwas Besonderes zu bieten hat. Schliesslich kann man Hamburg das Zeugnis ausstellen, dass es für sich sehr wirksam zu werben versteht, und dass es überdies als grösste westdeutsche Industriestadt eines Besuches wert ist.

In den ersten sechs Monaten 1961 registrierte Hamburg insgesamt 588 573 Gäste aus dem Inland und aus aller Welt. Das sind um 40 000 oder sieben Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Mehr als ein Drittel dieser Gäste kam aus dem Ausland. Für die skandinavischen Länder ist Hamburg seit Jahren schon das besuchenswerteste Ziel im "südlichen Europa", denn Hamburg ist für Skandinavien der am leichtesten zu erreichende "Süden". Im ersten Halbjahr kamen rund 91 000 der 200 000 ausländischen Besucher aus Dänemark, Schweden, Finnland und Norwegen, skandinavische Autonummern sind eine alltägliche Erscheinung in den Hamburger Strassen. Dieser skandinavische Besuch hat sich, wie aus den vorläufigen Übersichten hervorgeht, während der Sommermonate noch verstärkt. Doch auch die USA stellten viele Hamburg-Besucher, es gab rund 18 000 Hotelanmeldungen von US-Amerikanern. Aus England wurden 14 200 Besucher verzeichnet, aus den Niederlanden 12 700, aus der Schweiz 7 800 und aus Italien 5 700, um die wichtigsten ausländischen Besuchergruppen zu nennen.

Die Besucher aus dem Inland kamen aus allen Ländern der Bundesrepublik, wobei auch diesmal wieder viele Besucher aus Bayern und überhaupt aus Süddeutschland verzeichnet werden konnten. Neben Touristen sind natürlich in Hamburg viele Geschäftsreisende vertreten, die sich für die Industrie und den Hafenumschlag interessieren. Für die Besucher stehen derzeit in Hamburg 12 588 Betten in Hotels, Pensionen und Fremdenheimen zur Verfügung. Der grosse Besuch hatte zur Folge, dass sie im Durchschnitt zu 65,4 Prozent in Anspruch genommen wurden und dass in den

grossen Hotels in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs die Besuchsquote sogar 82,4 Prozent erreichte.

Es ist für Hamburg überaus erfreulich, dass sich das Ausland auch für das Alltagsleben der Hamburger interessiert und das politische Leben in der Hansestadt laufend wahrnimmt. Am letzten Wahltag (zum Bundestag) besuchte eine englische Gruppe Hamburg, um sich über den Wahlablauf gerade in Hamburg zu informieren. Die bevorstehenden Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft (dem Hamburger Stadtstaat-Parlament) bezeugen jetzt schon im Ausland dem stärksten Interesse. Hamburg ist auch eines der westdeutschen Bundesländer, in denen die SPD bei den Bundestagswahlen die grössten Stimmengewinne erzielte. + + +

Aus dem Zeitgeschehen:

Die unentbehrlichen Fehler

In Zweifelsfälle sind immer die anderen schuld. Ohne diesen Leitsatz ist es schwer zu leben. Nicht nur das private, auch das politische Leben ist weitgehend auf ihm aufgebaut. Ein Zauberkunststück geht da vor. Ganz nackt will niemand sich zeigen. Gekleidet aber in die Fehler der anderen, eingewickelt in ihre Schlechtigkeit, behängt mit Vorwürfen gegen die Bosheit der anderen Partei und mit der falschen, aber deutlich sichtbaren Krone eines Leidens gekrönt, das selbstverständlich völlig unverdient ist, steht mancher Mann und mancher Staat gleich wie ein König da. Ein Einzelner legt manchmal, vom Gewissen erleuchtet oder vom Humor, den ganzen falschen Plunder ab. Andere sind genötigt, an ihm festzuhalten.

In eine erbarmungswürdige Situation hat sich jener junge Lehrer in Berlin hineinmanövriert, der es nicht lassen konnte, seinen Schülern die härtesten Zensuren zu geben. Zur Rede gestellt, ob er nicht von dem Recht des Lehrers, sich als der einzig Kluge unter so viel Unbelehrten zu fühlen, ein wenig allzu selbstgerechten Gebrauch gemacht habe, wusste er keinen anderen Weg, sich zu behaupten: Nur um recht zu behalten, trug er in die Hefte der Kinder mit eigener Hand noch zusätzliche Fehler ein. Dank dieser ungewöhnlichen Nachhilfe waren die Klassenarbeiten nun wirklich schlecht genug geworden, um den Ansprüchen des einsamen Mannes auf die eigene liebgewordene Strenge zu genügen. Doch mischte sich gerade in diesem Augenblick Justitia störend ein. Sie erkannte auf Urkundenfälschung und der Mann muss hinter Gitter. Aus der Lehrerlaufbahn hat man ihn, auf Bewährung hoffend, noch nicht entfernt.

Der skurrile Fall wird manches Schülerherz - nicht nur am Ort des pädagogischen Sündenfalls selbst - erheitern, das schon lange fand, der Alte auf dem Katheder sei etwas zu penibel gegen kleine orthographische Schwächen oder solche in Arithmetik, und überhaupt sei die Schule ein Platz, wo der vorläufig noch un- oder unterentwickelten Intelligenz so manches Unrecht geschehe. Anders ist das Problem des rärrischen Überpädagogen bestellt, der nun ganz allein nachdenken muss, ob fehlerstrotzende Hefte das einzige Mittel sind, die Überlegenheit des Lehrenden zu beweisen.

(Entnommen "Christ und Welt", 13. Oktober 1961)

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler